

15
79

Union in Deutschland

Bonn, den 11. April 1979

Wählertäuschung – Wählerverachtung

Die Jungsozialisten — die SPD der 80er Jahre, wie sie sich seit langem nennen — haben vor Jahren einen Begriff geprägt, der ihren ideologischen Standort und ihre politischen Absichten in ein grelles Licht taucht: den Begriff „Doppelstrategie“.

Unter „Doppelstrategie“, so stellte Helmut Kohl in Bonn fest, verstehen die Jungsozialisten ein Politmanöver, das ihnen im innerparteilichen Machtkampf den endgültigen Sieg eintragen soll. Die Losung des radikalen SPD-Nachwuchses lautet: Pragmatische Mitarbeit in der Mutterpartei — aber gleichzeitig ideologische Arbeit an der Basis, um die SPD nach und nach in eine neomarxistische Klassenpartei umzuwandeln. Wer den politischen und ideologischen Weg der SPD in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, weiß, wie erfolgreich die „Doppelstrategie“ der Jungsozialisten gewesen ist; die ungezählten Parteiaustritte langjähriger SPD-Mitglieder sprechen eine deutliche Sprache.

„Doppelstrategie“ ist Wählertäuschung — ja: Wählerverachtung. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der SPD-Nachwuchs den Bürger für unbegrenzt manipulierbar hält, so hat ihn der alte und neue Jusovorsitzende am vergange-

(Weiter auf Seite 2)

■ WIRTSCHAFT

Aufflackern der Inflation schon
im Keim ersticken Seite 5

■ ENERGIE

Sicherheitskonzept für
Atomreaktoren überprüfen Seite 6

■ BUNDESWEHR

Vorschläge zur besseren
Ausbildung der Unteroffiziere Seite 7

■ KOALITION

Beispiel für die Zusammenarbeit
von SPD und Kommunisten Seite 9

■ GESUNDHEIT

Union legt umfassendes Konzept
für die Krebsbekämpfung vor Seite 11

■ FAMILIE

Beispiele für die Doppel-
züngigkeit der Frau Minister
Huber Seite 13

■ ZUR SACHE

Was soll aus unserer Jugend
werden? Seite 15

■ DOKUMENTATION

Hilfe bei Existenzgründungen
grüner Teil

■ EUROPA

Wahlplattform der Europäischen
Volkspartei (EVP) blauer Teil

■ REGISTER

Von 1/2/1979 bis 14/1979
gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

nen Wochenende erbracht. Auf dem Bundeskongreß seiner Organisation ließ er einen „politischen Rechenschaftsbericht“ verteilen, in dem folgendes zu lesen war:

— Die „moralische Integrität“ der SPD sei „durch Korruptionsskandale in Zweifel geraten“; die Folgen dieses „Verlustes an moralischer Integrität“ lägen „auf der Hand“.

— Unter der Regierung Schmidt sei es zu einer „Liquidierung der Reformpolitik“ gekommen; das habe „die soziale Basis der SPD abbröckeln“ lassen.

— Die Ostpolitik sei „unter dem Einfluß konservativer Bürokraten, angeführt von dem jetzigen Außenminister, zur reinen Sicherheitspolitik verkommen“.

— Es sei „ein Skandal, daß Partei und Regierung sich damit abzufinden scheinen, daß es eine Sockelarbeitslosigkeit an der Millionengrenze gibt“.

Dies alles war in der Rede des Jusovorsitzenden deutlich zu lesen; zu hören war es später nicht. Er habe „etwas kürzen müssen“, sagte der Ju-

sovorsitzende, als Journalisten von ihm wissen wollten, warum er in seinem mündlich vorgetragenen Rechenschaftsbericht auf die scharfe Kritik an Kanzler und Regierung verzichtet habe. Auf die Frage, was denn nun eigentlich gelte: der verteilte oder der verlesene Text, antwortete der Jusovorsitzende freilich, es gelte „natürlich der ausgeschriebene Text“. Denn sonst hätte er auf dem Manuskript ausdrücklich vermerken lassen, daß nur das gesprochene Wort gültig sei. Bedarf es hier noch eines Kommentars?

Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat es mithin schriftlich, was der Nachwuchs seiner eigenen Partei von ihm und seiner Politik hält: nichts. Wenn der alte und neue Vorsitzende der Jungsozialisten großmütig davon absah, seine Abrechnung mit dem Parteifreund Schmidt auch noch mündlich vorzutragen — dann nur deshalb, weil die „Doppelstrategen“ in der SPD den gegenwärtigen Bundeskanzler für 1980 noch brauchen: als bürgerliches Aushängeschild — als Gallionsfigur auf einem Schiff, dessen sozialistischer Kurs längst vorprogrammiert ist.

■ INFORMATION

Glückwünsche für Kurt Georg Kiesinger

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands gratuliert ihrem Ehrenvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger zu seinem 75. Geburtstag. Kurt Georg Kiesinger gehört zu den hervorragenden Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegszeit. Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union und als

Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat er in schwieriger Zeit die Geschichte unseres Landes und unserer Partei gestaltet. Von 1954 bis 1958 erlebte die deutsche Öffentlichkeit Kiesinger als brillanten außenpolitischen Sprecher der CDU, der in temperamentvollen Redeschlachten auch seinem politischen Gegner Respekt und Bewunderung abzwang. Aus den Erfahrungen dieser Zeit wird er noch heute bei unseren Freunden im Ausland als ebenso leidenschaftlicher wie glänzender Verfechter des deutsch-amerikanischen Bündnisses und Mitbegründer der

deutsch-französischen Freundschaft geschätzt.

Kurt Georg Kiesinger ist ein Politiker mit Charme und großer Ausstrahlungskraft, der die Probleme der Bürger aus vielfältigen Lebenssituationen heraus genau kannte und sich für sie als ihr Abgeordneter, Ministerpräsident und Bundeskanzler mit überzeugender Kraft einsetzte. Er verdient Dank für seine hervorragenden Dienste an unserem Land und unserer Partei.

Kein Fortschritt in Richtung Menschlichkeit

„Ein Staat, der die Minimalia der Humanität mißachtet, kann nicht die Achtung der Welt beanspruchen“, erklärte der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, zu den jüngsten Hinrichtungen in Persien. „Ich gehörte nicht zu den Bewunderern des Schahs, aber was seine Nachfolger machen, ist nicht ein Fortschritt in Richtung Menschlichkeit. Auch im Namen einer Religion vorgenommene Verbrechen bleiben Verbrechen. Die Schnellverfahren Persiens sind ein Verstoß gegen Menschenrechte. Der Ayatollah sollte sich überlegen, ob das Blut, das in Persien vergossen wird, nicht nur den Namen seines Staates, sondern auch seine Religion besudelt. Die zivilisierte Welt muß Grausamkeit mit Verachtung strafen, gleich in welchem Erdteil sie begangen und mit welchen Vorwänden sie begründet wird.“

Dank an Johann Baptist Gradl

Zum 75. Geburtstag von **MdB Johann Baptist Gradl** schickte Helmut Kohl folgenden Glückwunsch: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands beglückwünscht Johann Baptist Gradl zu seinem 75. Geburtstag am 25. März 1979.

Gradl gehört zu den Mitbegründern der CDU Berlin und der CDU der sowjetischen Besatzungszone. Zusammen mit Andreas Hermes, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer führte er die CDU in der schwierigen Zeit der ersten Nachkriegsjahre. Er ist einer jener Männer und Frauen, die auch unter der drückenden Last der sowjetischen Besatzungsmacht Überzeugungstreue und Standfestigkeit bewiesen haben und sich niemals scheuten, sich auch in persönlicher Gefährdung zur Freiheit und zur Selbstbestimmung der Deutschen zu bekennen. Johann Baptist Gradl gestaltete als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, als Ausschußvorsitzender und als Bundesminister für Vertriebene wie als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen die Politik der Bundesrepublik mit und erwies sich dabei als ein ebenso besonnener wie hartnäckiger Verfechter der deutschen Einheit.

CDU besteht auf Familiengeld

Zu Presseberichten, die CDU habe ihren im Bundestag eingebrachten Antrag für die Einführung eines Familiengeldes zurückgestellt, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Helga Wex: Diese Meldung ist unzutreffend. Die CDU tritt konsequent für die parlamentarische Weiterberatung ihres familienpolitischen Gesetzentwurfs ein. Sie hat z. B. beantragt, daß der zuständige Bundestagsausschuß dazu ein Hearing veranstaltet.

Der im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit eingebrachte Abänderungsantrag der CDU/CSU bezog sich auf die konkrete Vorlage der Bundesregierung zur Ausdehnung des Mutterchaftsgeldes. Er beabsichtigte, die Schwachstellen des Entwurfs der Bun-

desregierung auszugleichen. Die Tatsache, daß die Koalition diesen Abänderungsantrag ablehnt, beweist, daß es ihr nicht um Finanzierungsprobleme geht, sondern daß sie die Gleichstellung der erwerbstätigen Mütter und der nicht erwerbstätigen Mütter nicht will. (vgl. UiD 14/79)

60 Ostagenten wurden zurückgerufen

Heribert Hellenbroich, Chef der Spionageabwehr beim Bundesamt für Verfassungsschutz, kennzeichnete das vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf angeklagte Ehepaar Lutze und deren Freund Wiegel als „hochrangige Agenten“, die weit aus der Masse der Ostspione herausragten und mit Günter Guillaume, Alfred Frenzel und Wilhelm Felfe auf einer Ebene stünden. Dies gelte sowohl für den Verratsumfang wie auch die politischen Auswirkungen des Spionagefalles. Nach der Festnahme von Lutze und Wiegel sind rund 60 Agenten aus der Bundesrepublik aus Sicherheitsgründen abgezogen worden, da der Verfassungsschutz die Einschleuswege und -methoden erkannte.

Sonderdruck zum „Jahr des Kindes“

Ein Sonderdruck der Kommunalpolitischen Blätter zum „Jahr des Kindes“ ist im Kommunal-Verlag Recklinghausen erschienen. Dieser Sonderdruck umfaßt 24 Seiten und ist eine ausgezeichnete Fundgrube für Fraktionsinitiativen. Der Preis beträgt 1,— DM. Bestellungen sind zu richten an den Kommunal-Verlag GmbH, Postfach 7 80, 4350 Recklinghausen.

DDR-Blatt kritisiert westliche Atomgegner

Die Ost-Berliner Zeitschrift „Freie Welt“ hat den Gegnern der Kernenergie im Westen vorgeworfen, sie ließen sich ahnungslos „in den Konkurrenzkampf jener Monopole einspannen, die verschiedene Energieträger erzeugen“. Insbesondere sei es eine falsche Vorstellung, daß die beim Betrieb von Kernkraftwerken entstehenden radioaktiven Abfälle ein „unabwendbares Unheil“ seien. Die wichtigsten Fragen des Schutzes der Menschen und der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen des Atom- mülls seien in wissenschaftlich-technischer Hinsicht vollständig gelöst.

Kleine Anfrage zum Thema Kinderbetreuungsbeitrag

Die „steuerliche Mißgeburt“ des Kinderbetreuungsbeitrages, der im Rahmen des Kompromisses über das letzte Steuerpaket zustande kam und vom 1. Januar 1980 an gelten wird, sollte nach Ansicht der CDU/CSU in der Verwaltungspraxis großzügig gehandhabt werden. Die Union hat deshalb eine Kleine Anfrage eingebracht, um diverse Auslegungs- und Sachfragen von der Bundesregierung klären zu lassen. Denn Millionen von Steuerzahlern würden schon Ende dieses Jahres diesen Betrag von 600 DM je Kind, Elternteil und Jahr bei den Lohnsteuerermäßigungsanträgen geltend machen. Der CDU-Finanzpolitiker Hansjörg Häfele erklärte zusätzlich, wer den Kinderbetreuungsbeitrag so handhaben wolle, wie es die Bundesregierung beabsichtige, dürfe künftig den Begriff Steuervereinfachung nicht mehr im Munde führen.

■ WIRTSCHAFTSGUTACHTEN

Auflodern der Inflation schon im Keime ersticken

Das Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zeigt, daß die Bundesregierung jetzt handeln muß, um das erneute Auflodern der Inflation bereits im Keim zu ersticken, erklärte MdB Elmar Pieroth, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“.

Vordringlich ist weiterhin, daß die Bundesregierung eine klare energiepolitische Konzeption entwickelt und durchsetzt, damit die Risiken der Energiepreisentwicklung und der Energieversorgung in den nächsten Jahren so gering wie möglich gehalten werden können und die ohnehin unsichere Konjunkturentwicklung nicht zusätzlich belasten.

Die Chancen für eine positive Konjunkturentwicklung und eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sind nur kurzfristig gut. Schon für 1980 befürchten die Institute wieder Ermüdungstendenzen in wichtigen Branchen. Diese Entwicklung ist besonders gefährlich, wenn auf die maßvollen Tarifabschlüsse dieses Jahres nun allgemeine Preissteigerungen von mehr als vier Prozent folgen sollten, wie es im Gutachten vorausgesagt wird. Denn für diesen Fall wird es im nächsten Jahr sehr schwer sein, höhere Lohnabschlüsse zu vermeiden, die die Konjunktur entscheidend schwächen würden.

Deshalb müssen die Risiken für die Preisstabilität energisch bekämpft werden. Die Bundesregierung muß vor allem die Überschüsse aus den Steuereinnahmen zur zügigen Haushaltskonsolidierung verwenden und der Versuchung widerstehen, mit ihnen neue Wahlgeschenke zu finanzieren. Damit entlastet sie den Kapitalmarkt und vermindert den Druck auf die Zinsen.

Daneben ist eine stärkere Selbstbeschränkung bei der Erhöhung administrativer Preise notwendig. Preiserhöhungen um fünf Prozent, wie bei der Lufthansa, sind bei der derzeitigen konjunkturellen Situation eindeutig zu hoch.

In der Energiepolitik muß die Bundesregierung der Unsicherheit vor allem entgegenreten, indem sie die Weichen für die mittelfristige Verringerung unserer Abhängigkeit vom Erdöl stellt. Sie muß möglichst bald mehr die Vielfalt im Energieangebot fördern und herbeiführen.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß angesichts der schwierigen internationalen Lage und der Versäumnisse der Bundesregierung auf dem Energiesektor mit erheblichen Gefahren für das wirtschaftliche Wachstum und damit auch für die Beschäftigung gerechnet werden muß, stellte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Werner Dörlinger, in einer ersten Erklärung fest.

■ ENERGIE

Sicherheitskonzept für Atomreaktoren

Die inzwischen abgewendeten, aber denkbaren Folgen eines Reaktorunfalles in Harrisburg stellen die Regierung aller Länder, in denen Kernenergie genutzt wird, vor schwere Entscheidungen. Sie müssen die Konzepte ihrer Reaktorsicherheit und damit unter Umständen auch ihre Reaktorstrategien gründlich überprüfen. Die ihnen damit obliegende Verantwortung ist offenkundig.

Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen sind drastische Sofortmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht erforderlich, stellte MdB Karl-Heinz Narjes fest. Die in zwei Jahrzehnten entwickelten strengen Grundsätze der deutschen Reaktorsicherheit lassen einen Störfall, wie er sich anscheinend in Harrisburg aufgrund menschlichen Versagens abspielt, nicht zu. Insoweit haben sich die hohen Anforderungen an die Sicherheit unserer Reaktoren, über deren Kosten oft gestöhnt worden ist, bewährt.

Ob und welche Konsequenzen mittel- und langfristig zu ziehen sind, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Dazu ist eine präzise Analyse der Ursachen, des Herganges und der Folgen des Störfalles in Harrisburg eine absolute Voraussetzung.

Wenn sie vorliegt, müssen wir unser Reaktorsicherheitskonzept überprüfen, und zwar auch durch neutrale Sachver-

ständige, die an seiner bisherigen Entwicklung nicht mitgewirkt haben. Nach Abschluß ihrer Arbeiten können Veränderungen im Sicherheitskonzept und unter Umständen sogar energiepolitische Maßnahmen notwendig werden.

Ein Faktor wird bei dieser Überprüfung von besonderer Bedeutung sein, nämlich der der Zeit. Der Störfall von Harrisburg überrascht nämlich die deutsche Energiepolitik in einer Phase, in der sie nach mehrjähriger Lustlosigkeit in Grundsatzfragen in doppelter Hinsicht mit dem Rücken an der Wand kämpft.

Infolge der Verschleppung des Ausbaues der Kernenergie durch die Koalition steht uns in den 80er Jahren eine Stromlücke ins Haus. Gleichzeitig hat uns die Entwicklung in Nahost den Zwang auferlegt, die Politik des Wegvom-Öl mit großen Anstrengungen zu betreiben. Für die Auflösung dieses Zeitdilemmas hat der Gesichtspunkt der Reaktorsicherheit Vorrang. Auf der anderen Seite gebietet es der energiepolitische Zeitdruck aber auch, die sorgsame Überprüfung der Reaktorsicherheitskonzepte so schnell wie vertretbar zu betreiben.

Unbestreitbar hat Harrisburg dem Bemühen um die Akzeptanz der Kernenergie einen Rückschlag versetzt. Der tiefe Vertrauenseinbruch kann nur durch eine rückhaltlose offene Informationspolitik überwunden werden, die sich auch der vorhandenen Maßnahmen gegen Störfälle annimmt, über die in Harrisburg schon mangels klarer Kompetenzen eine mehrtägige Konfusion geherrscht zu haben scheint.

Die Informations- und Führungsaufgaben erfordern das persönliche Engagement des Bundeskanzlers.

■ BUNDESWEHR

Vorschläge zu besserer Ausbildung der Unteroffiziere und Feldwebel

Vorschläge der Union zur Verbesserung der Unteroffizierausbildung haben der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik, MdB Manfred Wörner, und der Bundestagsabgeordnete Markus Berger auf einer Pressekonferenz in Bonn vorgestellt.

In einer Mängelanalyse kommen die Politiker zu dem Schluß, daß ein vorzeitiger Beginn der besonderen Ausbildung zum Unteroffizier, Lücken im Können und Fachwissen nach sich ziehe;

— keine Ausbildung zur Menschenführung die Unteroffiziere vor der Truppe überfordere;

— zuviel Theorie und stoffliche Überfrachtung, Mängel in der Befehlsgebung bringe:

Unsere Vorschläge lauten:

① Die Ausbildung zum Unteroffizier beginnt erst nach 12 bis 15 Monaten (bisher 9). Der Unteroffizieranwärter durchläuft also die nahezu vollständige oder vollständige Ausbildung zum Soldaten, ehe er mit seiner Unteroffizierausbildung beginnt.

② Der Unteroffiziergrundlehrgang wird auf vier bis sechs Monate verlängert (bisher drei Monate).

Der Lehrgang muß

— eine truppenpädagogische Grundausbildung vermitteln,

— praxisbezogener gestaltet werden (Gefechtsausbildung),

— zugunsten einer Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben als Führer und Ausbilder stofflich entlastet werden,

— auf praktische Bewährung als Vorgesetzter abzielen.

③ Wehrpflichtige Soldaten, die zum Unteroffizier der Reserve ausgebildet werden, sollen ihre Qualifikation im Rahmen eines besonderen Lehrgangs während des letzten Quartals der Vollausbildung in der Truppe erwerben. Sie werden am Ende ihres Grundwehrdienstes befördert.

④ Konzentration in der militärischen Ausbildung zum Feldwebel auf die Ausbildungsziele

— Menschenführung und Ausbildung,
— Führer einer Teileinheit im Einsatz und im Frieden,
— Gehilfe der militärischen Führung.

⑤ Überprüfung des Konzepts der sogenannten fachlichen Fort- und Weiterbildung (Stufe A).

Sobald die ersten Absolventen dieser Ausbildungsgänge in die Zivilberufe überwechseln, muß geklärt werden, wie weit die beiden Ziele der Ausbildung

— Befähigung zum militärischen Führer einer Teileinheit auf die Ebene des Zugführers bzw. entsprechender Funktion und

— zivilberufliche Förderung mit dem

Ziel eines Abschlusses auf der Meisterebene tatsächlich erreicht werden. Dabei müssen die Erfahrungen der Fachausbildungskompanien, der Personalbearbeiter und der dann aus dem Dienst ausscheidenden Soldaten verwertet werden. Das kann frühestens 1981/82 geschehen. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt es bei der unterschiedlichen Regelung in Heer, Luftwaffe und Marine.

⑥ Der Schüleretat muß erhöht werden. Nur so können die Verbände die infolge der langen fachlichen Ausbildung entstehenden Personallücken schließen. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß die fachliche Ausbildung nicht zu Lasten der Truppenausbildung geht.

⑦ Die fachliche Ausbildungsstufe B entfällt für Unteroffiziere.

Diese Ausbildung ist Teil der Ausbildung der Offiziere des militärfachlichen Dienstes und ist für Zeit- oder Berufsunteroffiziere überflüssig. Die in diesem Bereich geschaffenen Überkapazitäten sollten abgebaut werden.

⑧ Vor der Weiterverpflichtung auf acht Jahre bzw. länger und vor Beginn der Ausbildung zum Feldwebel sollten die Unteroffiziere prüfen und frei entscheiden können, ob die ihrer Ausbildungsreihe zugeordnete fachliche und/oder allgemeinbildende Fort- und Weiterbildung ihrer eigenen Lebensplanung entspricht. Ein aktenkundig zu machender Verzicht auf dieses Angebot sollte allerdings im Rahmen vorhandener Kapazitäten widerrufen werden können.

⑨ Die methodische und didaktische Aufbereitung des Stoffes der allgemeinen Ausbildungsgebiete für die Unteroffizierlehrgänge und die entsprechenden Leistungsbewertungen sollten im Pilotdienst zentral erarbeitet werden.

Mahnungen der CDU wurden ernst genommen

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die rechtzeitige Vorlage des Jahresberichts 1978 durch den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, erklärte der stellvertretende Obmann der Arbeitsgruppe Verteidigung, Leo Ernesti.

Ohne den Beratungen im Verteidigungsausschuß vorzugreifen, ist schon jetzt festzustellen, daß der Wehrbeauftragte endlich Probleme aufgreift, auf deren Lösung die CDU/CSU seit Jahren drängt:

■ Die Bürokratisierung der Truppe, die die Untergebenen „letztlich zum Ungehorsam“ erzieht und damit innere Führung verhindert.

■ Mit Sorge stellt er fest, daß die Grundrechtsverletzungen „aufhorchen“ lassen: Eingaben über Verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz stiegen gegenüber 1977 um etwa 45 Prozent, Eingaben über Verstöße gegen die Meinungsfreiheit um über 30 Prozent an.

■ Die Mängel in der Ausbildung der Unteroffiziere sind geblieben, obwohl gerade dieses Problem dem Bundesminister der Verteidigung schon im letzten Jahr ins Stammbuch geschrieben wurde.

Eine erste Bilanz: Der Wehrbeauftragte hat unsere Mahnungen vom letzten Jahr ernst genommen. Die Fehler und Versäumnisse, die die CDU/CSU seit Jahren aufzeigt, schlagen sich nun auch in seinem Bericht nieder.

■ KOALITION

Zusammenarbeit von SPD mit Kommunisten

**Nachgewiesen
an einem Einzelbeispiel**

Im Februar dieses Jahres heißt es im Nachrichtendienst der schleswig-holsteinischen Jungsozialisten: Der außerordentliche Kreisparteitag der SPD Lübeck fordert den Parteirat der SPD auf,

„seinen Beschluß hinsichtlich der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der Mitgliedschaft in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Anti-Faschisten (VVN) zu überprüfen“.

In der Ausgabe des „Vorwärts“ vom 9. Juni 1977 hieß es noch in der Überschrift zu einem Artikel über die VVN:

„Getarnt auf Bauernfang, die VVN besorgt die Geschäfte der DKP.“

Soll diese Aussage nicht mehr wahr sein? Was verbirgt sich hinter diesem Meinungswandel der SPD?

Um sich mit diesen widersprechenden Beschlüssen kritisch auseinanderzusetzen, muß man wissen, was hinter der VVN steckt. Die Begründung der SPD für die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der Mitgliedschaft in der VVN war stets die gleiche: Die VVN werde von der KPD bzw. der DKP beherrscht und betreibe die Politik der Sowjetunion bzw. der DDR unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Faschismus.

Die VVN ist im Jahr 1946 von Kommunisten ins Leben gerufen worden als besondere Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge mit dem Ziel, für ein sozialistisch-kommunistisches Deutschland zu kämpfen. Von Anfang an verstand sich die VVN als Handlanger der

Kommunisten. Das wurde zuletzt 1977 besonders deutlich, als die VVN sich scharf dagegen wandte — ganz im Sinne Moskaus —, die Nachfolgekonferenz von Helsinki in Belgrad durch Menschenrechtsdiskussionen „zu stören“. Diejenigen, die sich für die Verwirklichung der Menschenrechte auch in den Staaten Osteuroas einsetzten, wurden und werden als „kalte Krieger“ beschimpft. Beim Thema „Freiheit im kommunistischen System“ legt die VVN ideologische Scheuklappen an. Aus diesen Gründen war es für die SPD früher völlig klar, daß eine Zusammenarbeit mit der VVN nicht in Frage kommt.

Noch im Jahr 1967 erneuerte die SPD einen Beschluß des SPD-Parteitages aus dem Jahr 1948, der lautete:

„Die Mitgliedschaft in der VVN ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.“

Diese entschiedene Haltung gegen die VVN soll jetzt von Teilen der SPD über Bord geworfen werden. In einem zweiten Antrag zum SPD-Parteitag Ende des Jahres in Berlin will der SPD-Bundestagsabgeordnete Udo Fiebig für den Unterbezirk Unna einen gleichlautenden Antrag wie die Lübecker SPD einbringen.

In einem Artikel des „Vorwärts“ heißt es als Begründung für diesen Sinneswandel:

„Zwischen Umarmungsstrategie der DKP und anti-kommunistischer Hysterie sollte ein genügend weites Feld für sinnvolle Betätigung sein, die bewußt an das freiheitliche Vermächtnis des Widerstandskampfes der Arbeiterbewegung anknüpft.“

Hier wird ganz offen für eine punktuelle Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten geworben in dem offiziellen Parteiorgan der SPD, dem „Vorwärts“. Der Klassenkampfgedanke wird aus der Versenkung geholt.

Die SPD-Politiker machen sich zum Steigbügelhalter der Kommunisten.

Pawelczyk als Wehners militärpolitischer Sprecher

Zu der Feststellung des SPD-Abgeordneten Pawelczyk, die Bundesrepublik habe im westlichen Bündnis eine „besondere Anregerfunktion“, erklärte MdB Alois Mertes (Gerolstein), Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle: Die deutsche „Anregerfunktion“ im westlichen Bündnis wie die SPD-Linke sie verstehe, zielen darauf ab, gegenüber der deutschen Öffentlichkeit, den westeuropäischen Partnern und den USA die politischen Ziele und die militärischen Offensivpotentiale Moskaus als defensiv zu erläutern und um stärkeres Verständnis für die vom Bündnis bisher abgelehnten sowjetischen Vorschläge zu aktuellen Themen der Rüstungskontrolle und Entspannung zu werben. Das große öffentliche Lob, das Wehner und seine Anhänger in Moskau und bei dessen Verbündeten finden, zeige deutlich, wie sehr der östliche Bündnisgegner diese Art von deutscher Anregerfunktion zu schätzen wisse.

Schmidt soll Farbe bekennen

Es ist selbstverständlich Pflicht des Bundeskanzlers, sich auch Gegner der Kernenergie anzuhören. Warum aber, so fragt MdB Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, geschieht dies heimlich und unter Ausschluß der Öffentlichkeit? Der Bundeskanzler provoziert damit offenbar bewußt Spekulationen und Vermutungen, die die Verunsicherung der Bevölkerung nur verstärken kann. Dies um so mehr, als der Kanzler im übrigen schweigt und er eine klare und glaubwürdige Aussage über die Konsequenzen aus Harrisburg offenbar nicht für notwendig erachtet. Mit dieser Haltung liefert der Kanzler ein weiteres Beispiel für Mangel an aufrechter und entschlossener politi-

scher Führung, der uns allen noch schwer zu schaffen machen wird. Die CDU/CSU-Fraktion wird darauf bestehen, daß der Bundeskanzler in der nächsten Sitzung des Deutschen Bundestages in der Frage der Kernenergie persönlich umfassend Stellung bezieht.

Gewerkschaftler kritisiert „Vorwärts“-Karikatur

Helmut Schirrmacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im DGB, beschwerte sich in einem Leserbrief an das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ über eine Agit-Prop-Karikatur zur Gorleben-Demonstration in der Ausgabe vom 22. Februar d. J.: „Einmal mehr beweist der ‚Vorwärts‘ mit der Auswahl seiner Karikatur, daß die SPD immer noch ein gestörtes Verhältnis zur Polizei hat... wenn der niedersächsische Justizminister einige Zellen bereithält, dann ist er eben nicht so blauäugig zu glauben, daß es neben den vielen Demonstrationen nicht auch noch einige Leute nach Gorleben zieht, denen es nicht um eine Demonstration, sondern um nackte Gewaltanwendung geht.“

FDP-Kandidat half dem KBW

Der FDP-Landtagskandidat im Wahlkreis 15 Neumünster Nord, Hans-Peter Franzke, hat die Kandidatenliste des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) unterschrieben. Volker Koop, Pressesprecher der CDU in Schleswig-Holstein, forderte die FDP auf, den Bürgern zu sagen, „wie weit sie bei der Unterstützung von Kommunisten zu gehen bereit ist“. Es häuften sich die Fälle, in denen FDP-Politiker oder Vertreter der FDP-Nachwuchsorganisation Jungdemokraten „gewollt oder ungewollt den Kommunisten in die Hände spielen“. Erst vor wenigen Tagen habe der Judo-Landesvorsitzende ein Grußwort an die Delegierten der als DKP-nah eingestuften Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend gerichtet.

■ GESUNDHEITSPOLITIK

Union legt umfassendes Konzept zur Krebsbekämpfung vor

Bereits in der Debatte im Deutschen Bundestag vom 23. Juni 1976 hat die Union einen umfassenden Ansatz zur Krebsbekämpfung in Deutschland gefordert. Der Bundestag hatte von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern die Vorlage eines „nationalen Krebsberichtes“ verlangt, aus dem insbesondere hervorgeht, welche weiteren Maßnahmen zur Koordination der Forschungsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland und dem internationalen Verbund eingeleitet wurden.

Die Bundesregierung wurde im einzelnen zu Maßnahmen aufgefordert, die in neun Punkten formuliert waren. Alle Punkte dieser Entschliebung sind bislang nur unzureichend in Angriff genommen worden und im wesentlichen wegen Kompetenzwirrwarr und -streit innerhalb der Bundesregierung teilweise auf der Strecke geblieben. Die Bundesregierung hat außer nicht sachgerecht und wirksam koordinierten Einzelaktivitäten weder ein umfassendes Konzept noch den bis zum Dezember 1978 fälligen „nationalen Krebsbericht“ vorgelegt.

Deshalb hat die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag „zur Krebsforschung und Krebsbekämpfung in Deutschland“ eingebracht. Ein wesentliches Instrument

dieses Konzepts ist ein „Deutscher Rat zur Krebsbekämpfung“.

Hierzu erklären die Abgeordneten Riesenhuber, Becker und Frhr. Spies von Büllesheim: Im Rahmen eines umfassenden Konzepts zur Krebsforschung und Krebsbekämpfung in Deutschland sollen insbesondere folgende Bereiche geordnet werden:

- ① Die Grundlagenforschung ist langfristig finanziell und organisatorisch abzusichern und mit der klinischen Forschung und der praktischen Krebsbekämpfung weiter zu verzahnen.
- ② Die organisatorischen und (soweit nicht ohnehin vorhandenen) finanziellen Voraussetzungen für Früherkennung und Vorsorge sind zu fördern und die Beteiligung der Bürger an diesen Maßnahmen zu steigern.
- ③ Die heutigen Möglichkeiten der Therapie sind allgemein zugänglich zu machen, und die Erfolge alternativer Therapien sind langfristig zu kontrollieren und zu vergleichen.
- ④ Die Nachsorge unter Einschaltung vom Tumorzentren, Kliniken, praktizierender Ärzte und Sozialstationen ist auszubauen.
- ⑤ Konzepte zur gesundheitlichen und sozialen Rehabilitation Krebskranker sind auszubauen und allgemein durchzuführen.
- ⑥ Der organisatorische Rahmen für international vergleichbare, repräsentative

tive und nach allen diskutierten Fragestellungen detaillierte Datenerfassung ist durch regionale Krebsregister zu schaffen.

⑦ Es sind epidemiologische Langzeitstudien an hinreichend großen Bevölkerungsgruppen zu organisieren, die spezielle Angaben über Entstehung und Vermeidung von Krebs zusätzlich vermitteln; hierzu gehören detaillierte Studien der Arbeits- und Umweltbedingungen der persönlichen Schicksale und sozialen Zuordnung der Test- und Kontrollgruppen.

⑧ Bei der Ausbildung der Ärzte und der ärztlichen Hilfskräfte (etwa für das Berufsbild des Zytologie-Assistenten) sind die speziellen Bereiche von Krebsdiagnose und Krebstherapie mit angemessenem Gewicht einzubeziehen.

⑨ Die frei-praktizierenden Ärzte wie auch die Ärzte an Kliniken sind durch regelmäßige Fortbildungsangebote über

den letzten Stand von Krebsdiagnosen und Krebstherapien in ihrer praktischen Arbeit zu unterstützen.

⑩ Es ist ein umfassender Gedankenaustausch und Erfahrungsvergleich zu organisieren unter internationaler Abstimmung von Kenndaten, Erfahrungen und Forschungsergebnissen bis zur Einbeziehung der praktizierenden Ärzte auch in die klinische Forschung.

Es darf nicht erwartet werden, daß durch dieses Konzept kurzfristig umfassende Erfolge erzwungen werden können. Das Konzept eröffnet jedoch langfristig bessere Chancen für die Bekämpfung von Krebsursachen und für Therapie.

Insgesamt ergibt sich, daß seit der Krebsdebatte im Jahre 1976 weder im Konzept noch in der Organisation von Forschung und Krebsbekämpfung in Deutschland ein Durchbruch erreicht wurde.

CDU hat dem Lärm in den Städten den Kampf angesagt

Die CDU hat dem Lärm in den Städten den Kampf angesagt. Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses für Strukturpolitik, der Bundestagsabgeordnete Dieter Schulte, sprach sich dafür aus, alle Möglichkeiten der Verkehrs- und Lärmberuhigung „umfassend zu nutzen“ und stellte fest, daß das geplante Verkehrslärmschutzgesetz mit seinem „lediglich passiven Lärmschutz“ durch Schallschutzwände und -fenster nicht ausreiche.

Vordringlich sei die Aufstellung eines „Stufenplans zur Verringerung des

Lärms an der Quelle, also am Fahrzeug“. Wenn die Kraftfahrzeugindustrie rechtzeitig Orientierungsdaten an die Hand bekomme, würden die technologischen Probleme entschieden leichter lösbar sein.

Im übrigen könnten und müßten auch die Straßenverkehrsbehörden ihren Beitrag zur Lärmberuhigung leisten. Ampelschaltungen, Vorfahrtsregelungen und Höchstgeschwindigkeiten in städtischen Regionen könnten so geregelt werden, daß ein Optimum an Verkehrsfluß erreicht werde, erklärte Schulte.

■ FAMILIENPOLITIK

Beispiele für die Doppelzüngigkeit der Frau Minister Huber

In immer offensichtlicherer Art und Weise leistet sich Frau Minister Huber Fehleinschätzungen und Diffamierungen gegenüber der Familie. Dies gilt einerseits für die grundsätzliche Bewertung der Familie, ihrer Aufgabe und Bedeutung in Staat und Gesellschaft, andererseits aber auch für die unsachlichen Daten, mit denen die Familie selbst ins schlechte Licht gerückt wird, erklärte MdB Hermann Kroll-Schlüter.

Beispiele hierfür sind Angaben über die Zahl und Gründe von Abtreibungen im Ausland, Angaben über die Anzahl von Kindesmißhandlungen in den Familien, Bewertungen über Therapiebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen und unsachliche Darstellungen über die Zahl der Frauenmißhandlungen.

Im Pressedienst ihres Ministeriums vom 12. Februar 1979 teilte Frau Huber mit, daß in der Bundesrepublik Deutschland „pro Jahr vier Millionen Frauen von ihren Ehemännern körperlich mißhandelt werden und die Kinder fast immer dabei sind“;

— in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 7. März 1979 mußte der Parlamentarische Staatssekretär Zander zugestehen, daß es in der Bundesrepublik keine amtlich abgesicherten Angaben über die Gesamtzahl der Fälle körperlicher Mißhandlungen von

Frauen durch ihre Ehemänner gibt; die Zahl von vier Millionen Mißhandlungsfällen beruhe auf Schätzungen, da die Ursachenforschung über Gewaltanwendung in Familien in den Anfängen stecke.

In den Broschüren und auch Medien läßt sich Frau Huber oberflächlich in lobenden Worten über die Familie aus. Hier aber zeigt sich eine Doppelzüngigkeit der Bundesregierung bei der Einschätzung der hohen Aufgabe und Verantwortung der Familien.

In amtlichen Mitteilungen und in den Begründungen zu Gesetzesvorhaben der Bundesregierung wird die Familie als Patient der Gesellschaft dargestellt, mit der Forderung, daß der Staat Jugendliche und ihre Eltern therapieren müsse.

Mit der Reform des elterlichen Sorgerechts sollte der erste Anlauf in dieser Richtung genommen werden; ein zweiter Anlauf der Bundesregierung ist die Reform des Jugendhilferechts, mit dem umfassenden Katalog der Eingriffsklausel und Behandlungsnormen von Jugendlichen und ihren Eltern.

Mit ständigen Wiederholungen, Angriffen, Konflikttheorien und falschen Sachdarstellungen soll der Weg in eine neue Zukunft gelegt werden, wie ihn der Orientierungsrahmen der SPD vorzeichnet. Noch kürzlich hieß es, daß der zukünftige Weg der Familienpolitik „weiter links“ liege.

BONN AKTUELL

HERAUSGEGEBEN VON ALOIS RUMMEL

BONNER TEXTE

H. GEISSLER/M. WISSMANN (HRSG.)

Zukunfts- chancen der Jugend

VERLAG BONN AKTUELL GMBH • STUTTGART

Über dieses Thema haben Generalsekretär Geißler und der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, dieses Taschenbuch herausgegeben, das überall im Buchhandel erhältlich ist. Es enthält folgende Beiträge:

Wir sind der Jugend im Wort — *Helmut Kohl*

Generationenkonflikt — Neue Dimension gesellschaftlicher Auseinandersetzung? — *Heiner Geißler*

Rezepte gegen die Resignation — *Matthias Wissmann*

Zahlen, Daten, Fakten — *Ulf Fink*

Zukunft der Demokratie — Zukunft der Jugend — *Fritz Brickwedde*

Jugendarbeitslosigkeit richtig sehen! — *Josef Stingl*

Jugend auf der Flucht? — *Hermann Kroll-Schlüter*

Familienpolitik als Zukunftsinvestition — *Georg Gölter*

Forschung — Lebensversicherung der Industriegesellschaft — *Gerhard Stoltenberg*

Berufsbildung und Arbeitsmarkt — *Paul Schnitker*

Hat die Hauptschule noch eine Zukunft? — *Werner Scherer*

Schulbücher als Bildungsschranke? — *Werner Remmers*

Die Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit — *Christian Wulff*

Qualifikation sichert Berufschancen — *Dorothee Wilms*

Massenproduktion — Das Schicksal der Hochschule — *Anton Pfeifer*

Die Freiheit des Studiums durchsetzen — Anmerkungen zur Notwendigkeit einer Studienreform an den Hochschulen — *Günther Heckelmann*

Chancengleichheit auch für Ausländerkinder — *Albrecht Hasinger*

Die Politik braucht den Dialog mit der Jugend — *Heinrich Köppler*

Dokumentation / Perspektiven zur Sicherung der „Zukunftschancen der jungen Generation“

„Der Weg in eine gesicherte Zukunft“ — Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend.

Zur Sache:

Was soll aus unserer Jugend werden?

Das ist die Politik der CDU für die Jugend:

- Wir wollen eine Schule, die jungen Menschen Orientierung und Werte vermittelt und sie auf das Leben vorbereitet.
- Wir wollen eine Berufsausbildung von hoher fachlicher Qualität, praxisnah und unbürokratisch.
- Wir wollen ein Studium, das in kürzerer Zeit zum Abschluß führt und das gute Berufsaussichten eröffnet.
- Wir wollen eine Arbeitswelt, die allen Jugendlichen Lebensunterhalt und Zufriedenheit ermöglicht.
- Wir wollen die jungen Menschen vor Geschäftemachern schützen, die sie skrupellos ausbeuten wollen: Vor Dealern, religiösen Scharlatanen und Demagogen.
- Wir wollen Solidarität in Gesellschaft und Staat, um denen helfen zu können, die Unterstützung und Fürsorge brauchen.

- Wir wollen eine jugendfreundliche Umwelt, die jungen Menschen in Kultur und Bildung, in Sport und Spiel vielfältige Entfaltungschancen bietet.

Das sind handfeste Punkte. Das ist kein ideologisches Geschwafel. Denn die CDU weiß, was wichtig ist für die junge Generation und damit für die Zukunft unseres Landes.

Helmut Kohl sagt es so:

„Die CDU will der jungen Generation zeigen,

- daß sie gebraucht wird, ob hier in Europa oder in den Ländern der Dritten Welt;
- daß es für sie weder Anlaß zur Resignation noch zur radikalen Rebellion gibt;
- daß wir, die CDU, mit ihr solidarisch sind und
- daß unsere Politik für die junge Generation überzeugende Wege bereithält.“

CDU – Partner der Jugend

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Sechs Steuern weniger?

Auf steuerpolitischem Gebiet ist die Union der SPD/FDP-Regierungskoalition noch allemal zuvorgekommen. Auch wenn es darum geht, zum Zwecke der Steuervereinfachung sogenannte Bagatellsteuern abzuschaffen, läuft sie der Koalition spielend den Rang ab.

Schon vor gut zwei Monaten hatte der sozialdemokratische Finanzminister Matthöfer behauptet, er sei „fest entschlossen“, noch in der laufenden Legislaturperiode einigen dieser Steuern, die dem Staat wenig Gewinn, aber viel Verwaltungsaufwand bringen, das Lebenslicht auszublases. Auch die Finanzexpertin der FDP, Liselotte Funcke, bekundete ihren guten Willen.

Solchen Absichtserklärungen sind aber noch keine Taten gefolgt. Statt dessen hat jetzt die Opposition die Initiative ergriffen. Gemäß dem Vorschlag des

CDU-Abgeordneten von der Heydt verlangt sie, daß der Staat künftig auf die Steuern verzichtet, die den Verbrauch von Zucker, Salz, Leuchtmitteln, Zündwaren, Spielkarten und Essigsäure belasten.

Der Einnahmeausfall ist allenfalls auf jährlich 120 Millionen Mark zu veranschlagen. Das ist ein günstiger Preis dafür, daß wenigstens das Randgestrüpp des Steuerdickichts gerodet wird. Man darf gespannt sein, wie SPD und FDP reagieren. Wenn sie ihre eigenen Ankündigungen nicht Lügen strafen wollen, müssen sie die Anregung der Union in irgendeiner Form aufgreifen.

Die Regierung sollte sich nicht hinter den Herstellern der Verbrauchsgüter verschanzen, von denen einige den Ärger mit Bagatellsteuern gern in Kauf nehmen, weil er sie in der Obhut des Staates beläßt, indem die ausländische Konkurrenz unter Kontrolle gehalten wird. Mehr Wettbewerb tut jedem Wirtschaftszweig gut.

Sechs Steuern weniger — das wäre gar keine Bagatelle, sondern für die Bürger ein Lichtblick im trüben Steueralltag.

Rheinische Post, 4. April 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID